

Dienstag (Abend), 12. März 2019 / Mardi soir, 12 mars 2019

Polizei- und Militärdirektion / Direction de la police et des affaires militaires

65 2018.RRGR.725 Motion 265-2018 Sancar (Bern, Grüne)
Auf Prêles als Rückkehrzentrum für abgewiesene Asylsuchende verzichten

65 2018.RRGR.725 Motion 265-2018 Sancar (Berne, Les Verts)
Pas de centre de retour pour requérant-e-s d'asile débouté-e-s à Prêles

Gemeinsame Beratung der Geschäfte 2018.RRGR.708 und 2018.RRGR.725.

Délibération groupée des affaires 2018.RRGR.708 et 2018.RRGR.725.

Präsident. Die Traktanden 64 und 65 sind am Anfang der Session per Ordnungsantrag in der Reihenfolge getauscht worden, sie werden jedoch gemeinsam beraten. Das heisst, wir stimmen zuerst über das Traktandum 65 ab und nachher über das Traktandum 64. Damit erteile ich das Wort dem Motionär, Grossrat Sancar, zum Traktandum 65, und danach Grossrätin Graber zum Traktandum 64. Grossrat Sancar, Sie haben das Wort.

Haşim Sancar, Bern (Grüne). Das ehemalige Jugendheim Prêles wurde für 38 Mio. Franken renoviert und steht seit Jahren leer. Viel Geld wurde in den Sand gesetzt. Das tut weh, erst recht, wenn wir sehen, wo und wie im Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereich gekürzt wird. Es scheint, dass der Regierungsrat jetzt gerade wieder einen Fehler begeht, indem er Prêles in ein Rückkehrzentrum für abgewiesene Asylsuchende umwandeln will. Dies wäre erneut eine Fehlinvestition, die der Kantonskasse und den Betroffenen massiven Schaden zufügte. Bemerkenswert ist zudem: Bis heute liegt kein umfassendes Budget vor. Das Projekt ist seit dessen Beginn zum Scheitern verurteilt; es gibt keine nachhaltigen Gründe, die für ein Rückkehrzentrum für abgewiesene Asylsuchende in Prêles sprechen. Der einzige Grund ist wohl die Perspektivlosigkeit, die den Regierungsrat verzweifeln lässt. Reicht dieses Motiv? – Wohl kaum.

Lieber Regierungsrat, liebe Kolleginnen und Kollegen: Ein solches Projekt muss primär für Menschen geplant werden, denn hier geht es um Menschen. Ich bin mit dem Regierungsrat einverstanden, dass das Staatssekretariat für Migration (SEM) den Wegweisungsdruck erhöht hat. Wir müssen aber wissen, dass zusätzlicher Druck und Isolation die Aussichtslosigkeit der Menschen verstärken und sie in eine noch tiefere Depression drängen würden. Fachleute bestätigen dies. Dies wäre unzumutbar für diese oft stark traumatisierten Menschen mit Flucht- und Verfolgungserfahrungen. Weder unsere humanitäre Tradition noch die Bundesverfassung erlauben eine solche Politik. Vielleicht erinnern Sie sich: Es gab einmal ein ähnliches Zentrum auf dem Jaun-Pass. Diese hinterlassenen Spuren sprechen Bände, negative. Von diesen Erfahrungen könnte man lernen.

Mit der Idee, Prêles als Rückkehrzentrum für abgewiesene Asylsuchende, fährt der Kanton Bern finanziell nicht nur in eine Sackgasse, sondern auch gegen die Wand. Der Regierungsrat ist der Ansicht, dass er die abgewiesenen Asylsuchenden mit einem unattraktiven Zentrum zur Rückkehr zwingen kann. Liebe Leute: Diese Menschen, deren Asylgesuche abgelehnt wurden, bleiben nicht in der Schweiz, weil die Schweiz für sie attraktiv wäre, im Gegenteil: Es gibt genügend Berichte darüber, wie sie ihren Alltag hier bewältigen müssen. Menschen aus Ländern wie Tibet, Eritrea, Irak, Iran, Afghanistan und so weiter. Länder also, wo Menschen verfolgt, gefoltert werden, wo kriegerische Konflikte das Leben der Menschen bestimmen. Viele der abgewiesenen Asylsuchenden können bekanntlich gar nicht in ihr Land zurückkehren.

350 bis 450 psychisch belastete, perspektivlose Menschen in einem winzigen Areal zu isolieren, ist verantwortungslos. Da muss man/frau nicht spezialisiert sein, um zu verstehen, dass ein solches Unterfangen nur schlecht herauskommen kann: zu viele Menschen für eine lange Zeit zusammengepfercht in einem engen Raum. Denkt der Regierungsrat wirklich, dass Betroffene sich in Prêles für eine unbestimmte Zeit während Jahren aufhalten würden? Seine Rechnung wird niemals aufgehen.

Eine solche Strategie produziert nur neue Sans Papiers, die unter absolut prekären Umständen um ihr Überleben kämpfen. Wir wissen alle, dass Sans Papiers wegen ihres unsicheren Aufenthalts ausgenutzt werden können – für einen Rechtsstaat ist das kein gutes Zeugnis.

Ich bitte Sie, sowohl zum Schutz des Kantons vor einer vermeidbaren Fehlinvestition als auch zum Schutz der Betroffenen, den Vorstoss zu unterstützen. Danke für die Aufmerksamkeit.

Präsident. Wir kommen zu den Mitmotionären. Zuerst spricht Grossrätin Graber zu dieser Motion und danach zur nächsten Motion. Ist Roland Benoit Mitmotionär von der ersten oder zweiten Motion? – Hiermit gebe ich zuerst Grossrat Grimm als Mitmotionär zum Traktandum 65 das Wort.

Christoph Grimm, Burgdorf, (glp). Der Kanton hat eine Riesen-Fehlinvestition gemacht, er hat rund 38 Mio. Franken in den Sand gesetzt. Wir sind auf dem besten Weg, diesen Fehler noch zu verstärken. Zum einen ist der Kanton natürlich verpflichtet, den abgewiesenen Asylsuchenden Raum zur Verfügung zu stellen und auch die Sicherheit zu gewährleisten. Das gilt für die Zeit, bis sie ausreisen. Zum anderen muss dieser Raum aber auch genutzt und von diesen Menschen akzeptiert werden. Gerade hier möchte ich einhaken: Auch ich bin der Meinung, dass diese Menschen – die einen nicht ganz einfachen Hintergrund haben, wenn man bedenkt, woher sie kommen und vor allem, welchen Weg sie hinter sich und sicher auch noch vor sich haben – eine gewisse Dankbarkeit an den Tag legen, dass man ihnen überhaupt Asyl gewährt. Das ist sicher das eine.

Doch, werte Kolleginnen und Kollegen, so einfach ist es eben nicht. Wir können diese Menschen nicht einfach zwingen, dorthin zu gehen und sich dort aufzuhalten. Stellen Sie sich vor: Wir haben ein Rückkehrzentrum und niemand geht hin. Oder auf uns adaptiert würde dies ungefähr so tönen: Stellen Sie sich vor, Sie wären Iraner oder Iranerin, hätten einen negativen Entscheid, und jetzt gehen Sie freiwillig nach Prêles und warten dort schön, bis die Polizei Sie abholt und ausschafft. Nach diesem Motto könnte der Schuss zum zweiten Mal nach hinten losgehen. Niemand ist mehr da. Das ist nicht einfach aus der Luft gegriffen. Rund ein Drittel der Asylsuchenden erhält einen Schutzstatus, das heisst einerseits gewährtes Asyl, andererseits «vorläufig aufgenommen». Zwei Drittel haben einen negativen Entscheid. Das bedeutet, die eine Hälfte reist kontrolliert aus, und die andere Hälfte sieht man plötzlich nicht mehr; sie verschwindet vom Radar. Im Zentrum Embrach – vergleichbar mit Prêles – sind es scheinbar rund etwa 60 Prozent, die einfach verschwinden. Wollen wir dies? – Ich/wir wollen das nicht. Wir wollen auch nicht, dass in einem Zentrum, das wir nun noch ausbauen – zwar nicht mehr für so viel, man sprach von weniger als 1 Mio. Franken –, unnötige fixe Kosten generiert werden. Deshalb fordern wir die Regierung auf, auf das Zentrum zu verzichten und es bei den alten Strukturen zu belassen. Danke, wenn Sie alle dies so unterstützen.

Roland Benoit, Corgémont (UDC). Cette motion dont je suis co-motionnaire a au moins l'intérêt d'être claire et conséquente dans son titre : « Pas de centre de retour pour requérant-e-s d'asile débouté-e-s à Prêles ». Punkt, Schluss. Chers collègues, je ne suis pas a priori contre les requérants d'asile et on ne parle pas ici d'un centre d'accueil mais bien d'un centre de retour. Il y a eu beaucoup de confusion dans la région sur ces deux appellations. Je conçois, Monsieur le Directeur de la police, que vous avez reçu un mandat de réaménager ou plutôt de réoccuper le foyer de Prêles après y avoir investi plus de 36 millions de francs ces dernières années. Mais il y aurait d'autres possibilités pour réaffecter ce foyer, par exemple en prison régionale, tel que je l'avais demandé par motion, qui a été acceptée comme postulat l'année dernière. Sous la pression, vous avez choisi une autre affectation. Dans la réponse que vous donnez à cette motion, vous nous dites que la loi vous oblige à exécuter le renvoi des requérants déboutés. C'est juste et correct. Mais la loi ne vous oblige pas, Monsieur le Conseiller d'Etat, nullement, à créer un centre de renvoi. (*Le portable de Monsieur Benoit sonne. / Das Mobiltelefon von Grossrat Benoit klingelt.*) Excusez-moi. (*Hilarité / Heiterkeit*) Cela arrive à tout le monde.

Je continue et j'aimerais vous parler de la pratique, Mesdames et Messieurs, continuons à appliquer la pratique ! C'est la solution, la pratique que l'on a actuellement. C'est-à-dire que les requérants déboutés restent où ils sont, aujourd'hui et le renvoi est décidé depuis cet endroit-là. Pour conclure, Mesdames et Messieurs, avant que mon téléphone ne sonne, pourquoi, me direz-vous, pourquoi concentrer et regrouper ces personnes dans un endroit isolé ? A mon avis, il n'y a pas d'aéroport sur le Plateau de Diesse, ni de train. Ces personnes ne resteront pas à Prêles, comme cela a déjà été dit, et retourneront dans les logements que certains occupent depuis de longues années. Vraiment un non-sens. Mesdames et Messieurs, je vous invite à accepter cette motion et à trouver ensemble une nouvelle affectation pour ces bâtiments de Prêles.

Ulrich Stähli, Gassel (BDP). Als Bauer stehe ich mit beiden Beinen auf dem Boden und bin sicher kein realitätsfremder «Gutmensch». Ich engagiere mich seit Jahren in der grossen Gemeinde Köniz im Flüchtlingsbereich, kenne die Verhältnisse den Unterkünften und helfe vor allem mit, Arbeitsstellen für Leute zu finden, die arbeiten dürfen. Das ist meine Interessenbindung.

Ich habe gedacht, der Kanton habe eigentlich genügend Baustellen und Probleme mit seinen bisherigen Institutionen und Gefängnissen, als dass man sich jetzt noch ins Abenteuer Prêles stürzen würde. Dies zwar in vorsehendem Gehorsam dem Bund gegenüber, der seine Hausaufgaben nicht macht. Wenn ein Asylbewerber länger als drei Jahre auf seinen Entscheid wartet, in der Zwischenzeit Deutsch lernt und eine Lehrstelle findet, dann aber einen Negativentscheid erhält und nach Prêles gehen sollte, ist das ein Skandal, ein Unvermögen des Bundes, wofür der Kanton eigentlich gar nichts kann.

Prêles ist ein Schnellschuss der POM, ein verzweifelter Versuch, das Jugendgefängnis nun doch noch zu nützen. Weder liegt ein seriöses Budget vor noch eine Variantenrechnung mit weniger Bewohnern noch eine Berechnung mit Langzeitbewohnern. Nichts davon. Bekanntlich reichen die 6000 Franken des Bundes nicht lange aus. Der Betrieb in Prêles wird unflexibel sein, die geplanten Angestellten einen neuen Kostenblock in der POM generieren. Die Berechnungen der Gruppe von Ökonomieprofessoren unter der Leitung von Professor Schneider zeigen, dass für den Kanton ein grosses finanzielles Risiko besteht und mit der Schaffung von untergetauchten Sans Papiers noch ganz andere Probleme auf uns zukommen.

Ich hätte ein gewisses Verständnis für ein Zentrum, wenn es um jene Personen ginge, die neu, gemäss dem schnellen Verfahren des Bundes, kommen. Soweit ist der Bund aber nicht, und vielleicht, Herr Regierungsrat, geht es nur um jene, die neu, gemäss dem neuen Verfahren, kommen. Wir wissen es einfach nicht. Auf der eine Seite langen Antwort auf die Motion steht dazu nichts geschrieben. Im Moment haben wir einfach 500 Personen, die wohl nach Prêles sollten, die während Jahren verschiedenste Integrationsmassnahmen genossen haben und aus verschiedenen Gründen nie ausreisen werden. Mit dem Idealmodell, das der Regierungsrat vorlegt, mit äusserst dürftiger Berechnungsgrundlage, liegt nur die halbe Wahrheit auf dem Tisch, und die Motionäre sind nicht bereit, auf dieser Grundlage und ohne Zahlen in ein weiteres finanzielles Abenteuer Prêles zu schlitzen.

Ich zitiere zum Schluss noch Herrn Aeschlimann, Leiter des Amtes für Migration und Personenstand (MIP), von gestern Abend im Regionaljournal: Wir wissen nicht, wer da kommt. Ob die Kosten dann gedeckt werden, sehen wir dann im Einzelfall. Das Risiko ist selbstverständlich da. Auf dieser dürftigen Grundlage, liebe Frauen und Männer, bin ich bereit, die Motion anzunehmen und hoffe, sie werde überwiesen. Ich sage Nein zu Prêles.

Präsident. Ich frage Grossrätin Ammann an, ob sie als Fraktionssprecherin sprechen will. Das ist der Fall. Gut, somit kommen wir zur Motion unter dem Traktandum 64. Ich erteile der Motionärin, Grossrätin Graber, das Wort.

Anne-Caroline Graber, La Neuveville (UDC). Le projet d'ouverture d'un centre de retour pour requérants d'asile déboutés dans le canton de Berne, et plus particulièrement sur le Plateau de Diesse, a suscité plusieurs interventions au sein de notre Grand Conseil, de nombreux articles de presse et même le dépôt d'une pétition signée par plus de mille personnes du Plateau de Diesse auprès du Conseil-exécutif. Le Conseil-exécutif a raison de vouloir que la motion Sancar, qui demande de renoncer purement et simplement à l'aménagement d'un centre de retour à Prêles, et la mienne, soient traitées ensemble. Le moment me paraît en effet venu de prendre une décision définitive quant à l'ouverture ou non d'un centre de retour pour requérants déboutés dans les locaux de l'ancien foyer d'éducation de Prêles. Pour résumer, le contexte des débats de ce jour se présente comme suit : premièrement, la grande majorité de la population du Plateau de Diesse est opposée à l'ouverture d'un tel centre, prioritairement, parce qu'elle estime que cette solution entraînerait des problèmes de sécurité difficiles, voire impossibles à maîtriser.

Deux, le Conseil-exécutif a la ferme volonté de transformer l'ancien foyer d'éducation de Prêles en un centre de retour, cela notamment en raison des 38 millions de francs que notre canton a déjà investis dans la rénovation de cet établissement. Il est aussi d'avis que l'ancienne utilisation de ce foyer se prête bien à la réaffectation envisagée, ce qui réduirait d'autant les investissements complémentaires. Il y a du vrai dans cette réflexion.

Trois, la motion Sancar demande de renoncer, purement et simplement, à l'ouverture d'un centre de retour à Prêles. Ses auteurs se prévalent avant tout d'un désir de protéger la santé psychique, le

confort et le bien-être des requérants déboutés. Ils allèguent aussi que cette ouverture constituerait un gaspillage d'argent public. A considérer la liste des signataires de cette motion, on doit constater que ces derniers sont mus par des motivations fort diverses, pour ne pas dire divergentes. Même si je ne partage pas les motivations fondamentales de la motion Sancar, je voterai personnellement cette motion, parce que dans ses conclusions, et non dans ses arguments, elle rejoint nettement la large volonté de la population de ma région.

Quatre, ma motion vise à clairement encadrer, financièrement et d'un point de vue sécuritaire, l'ouverture d'un tel centre. Je demande notamment, et de manière aussi précise que contraignante, que la transformation de l'ancien foyer d'éducation en un centre de retour implique des investissements de réaffectation pour un million de francs au maximum. C'est un garde-fou qui me semble très judicieux. Cette limitation financière bien que sévère, n'a rien d'excessif. Le Conseil-exécutif lui-même l'accepte puisqu'il propose d'accepter le point 1 de ma motion, ce dont je lui sais gré.

Monsieur le Président, chers et chères collègues, je vous demande de voter le point 1 de ma motion et de suivre ainsi l'avis du Conseil-exécutif. Cette mesure ménage les deniers publics, donc la santé financière de notre canton. Si notre Conseil devait accepter la motion Sancar, je trouverais cohérent et rationnel que les points 2 et 3 de ma motion soient agréés par notre Conseil. Notons que ces points pourraient être acceptés par le Grand Conseil dans tous les cas de figure. Pourquoi ? Parce qu'ils prescrivent au gouvernement une ligne à suivre très réaliste et logique en cas de non-ouverture d'un centre de renvoi à Prêles, notamment si le budget des investissements d'un million de francs ne pouvait pas être tenu. De toute manière, ces points 2 et 3 demandent simplement au Conseil-exécutif de rechercher des solutions alternatives si l'ouverture, et seulement si l'ouverture, d'un centre de renvoi à Prêles ne devait pas intervenir, par exemple, en cas d'acceptation par le Grand Conseil de la motion Sancar.

Präsident. Für die Deputation erteile ich das Wort an Grossrat Gasser.

Peter Gasser, Bévillard (PSA), rapporteur de la Députation. Au nom de la grande majorité de la Députation francophone, je vous encourage à accepter la motion Sancar. Nous estimons que le canton doit renoncer à vouloir réaffecter l'ancien foyer d'éducation en un centre de retour pour requérants d'asile déboutés. Pour tous ceux qui se sont renseignés sur la localisation précise de ce futur centre : vous aurez constaté que cet emplacement est malgré son charme pastoral indéniable, pour le moins à l'écart des grands centres urbains. Quand bien même il est possible d'y accéder par des moyens de transport publics, son accès est malgré tout malaisé. Or, que feront la plupart des personnes placées à cet endroit pendant la journée ? Quelles seront les activités qui peuvent être proposées à cette population ? Y a-t-il sur place des organismes qui essaient de soulager et qui interviennent auprès des requérants déboutés ? Poser les questions, c'est à la fois y répondre. Désolé, mais il n'y a malheureusement pas grand-chose à faire pour ces démunis ! Il existe des associations ou des bénévoles qui viennent en aide. Mais ces derniers sont bien plus nombreux dans les centres urbains que sur les verdoyantes plaines du relief plissé jurassien.

Qu'on comprenne bien les intentions de la Députation : nous ne serions pas opposés à un centre d'accueil. D'ailleurs, il fut question à un moment donné d'y recevoir des familles, mais pas cette catégorie particulière de requérants déboutés. Nous comprenons, bien entendu, les intentions du gouvernement qui cherche à trouver une nouvelle raison d'être à cet emplacement rénové et rafraîchi pour près de 40 millions de francs. Mais nous sommes également convaincus qu'une erreur de planification ne doit pas être complétée par une deuxième solution encore plus boiteuse. Enfin, la question de la scolarisation des enfants présents dans ce centre interpelle également : alors que jusqu'à présent, ces jeunes ont pu suivre une scolarité intégrée, ils seraient ainsi totalement isolés, pour avoir non plus un véritable programme éducatif, mais plutôt une simple occupation. Comment voulez-vous répondre sur place aux diverses demandes d'un groupe totalement hétérogène avec des âges très divers ? Ce ne sera pas possible. C'est pourquoi nous vous prions d'accepter la motion Sancar.

Si d'aventure nos arguments avaient peiné à vous convaincre, cela signifierait qu'il faut traiter la motion de notre collègue Anne-Caroline Graber. Dans ce cas de figure, la Députation vous enjoint dans sa grande majorité à accepter ce premier point. A ce sujet, il est important de savoir que la problématique de l'approvisionnement en eau est une réalité de la population du Plateau de Diesse. Aujourd'hui déjà, les habitants de cette plaine sont régulièrement invités à économiser cette précieuse ressource. Si des centaines de requérants déboutés devaient s'installer, il est certain que cette thématique deviendrait rapidement primordiale. Il faut donc prévoir les éventuels investissements

pour garantir l'accès à l'eau. De même la population doit être rassurée et la sécurité doit être garantie. C'est la raison pourquoi nous vous prions d'accepter ce point. Je vous remercie pour votre attention.

Präsident. Wir kommen zu den Fraktionserklärungen. Als Erster spricht für die SP-JUSO-PSA-Fraktion Grossrat Gullotti.

Hervé Gullotti, Tramelan (PS). C'est un sujet qui fait couler beaucoup d'encre, qui a un caractère émotionnel fort, qui mobilise toute une région et qui, en même temps, nécessite des réponses politiques claires de la part du canton, ce qui ne semble pas être le cas selon les opposants au projet. Tous ces ingrédients sont mêlés dans cette affaire sur laquelle nous sommes appelés à nous prononcer, provoquant beaucoup d'incertitudes. Le groupe socialiste s'oppose à l'ouverture du centre de Prêles pour accueillir les requérants d'asile déboutés. Il adoptera donc la motion Sancar, rejettera le chiffre 1 de la motion Graber et adoptera les points 2 et 3 de ladite motion.

Les arguments qui ont fait pencher le groupe socialiste dans le camp des opposants à la réaffectation de l'ancien foyer d'éducation sont avant tout liés au facteur humain. Nous sommes conscients que nous devons trouver des solutions à la problématique des renvois, mais nous pensons que l'option du Plateau de Diesse, comme toute autre ayant la même physionomie dans un autre endroit du canton, n'est pas appropriée. Nous ne sommes pas favorables au regroupement des personnes déboutées avant leur départ. Il s'agit de femmes, d'hommes, d'adolescents, de familles avec enfants qui ont connu des déplacements dès leur arrivée en Suisse et qui n'ont connu aucune stabilité. Nous ne sommes pas favorables à déraciner davantage des familles avec enfants scolarisés, qui ont entamé un travail d'intégration dans les localités du canton qui les ont accueillies. Nous craignons qu'un isolement des requérants déboutés pousse ces derniers à opter pour une issue scabreuse : la clandestinité. Les personnes qui seraient hébergées à Prêles ne sont pas des criminels et n'ont jamais été punis pénalement. Nous ne comprenons pas pourquoi il faudrait les confiner dans un endroit à l'écart des centres classiques d'accueil de requérants d'asile. Ces personnes sont souvent traumatisées, issues de régions qui se déchirent, et elles portent en elles et sur elles des stigmates de vie horribles, des douleurs psychologiques. Nous ne voulons pas nourrir ces sentiments en les isolant du reste du monde. Notre devoir d'êtres humains consiste à leur apporter notre aide. Nous nous opposons au séjour des requérants d'asile déboutés comme les Tibétains, dont nous savons pertinemment qu'ils ne pourront être renvoyés avant des mois, voire des années, parce qu'il est délicat d'apprécier clairement ce qui se passe dans leur pays d'origine.

Pour toutes ces raisons, nous réaffirmons notre opposition à l'ouverture du centre de Prêles aux requérants d'asile déboutés et nous vous invitons à faire de même.

Jakob Etter, Treiten (BDP). Wir haben nun in den verschiedenen Voten gehört, dass das Thema sehr schwierig ist. Einerseits haben wir abgewiesene Asylbewerber, die seit längerer Zeit hier sind und zum Teil bereits integriert sind. Sie arbeiten – zum Teil legal, zum Teil illegal –, sie haben hier Freunde und haben sich ein stabiles Umfeld aufgebaut. Andererseits haben sie einen abgewiesenen Asylantrag. Das heisst, sie haben keine Chance, längerfristig oder dauerhaft hierzubleiben. Aus verschiedenen Gründen können sie nicht ausgeschafft werden. Viele von ihnen leben in einer geregelten Struktur. Die Versetzung in ein Rückführzentrum, wie es Prêles darstellt, wäre für sie katastrophal. Sie sind dort abgeschieden, haben keine Möglichkeit zu arbeiten, wären Einsamkeit und Langeweile ausgeliefert. Sind sie aber in Zentrumsnähe oder in der Agglomeration untergebracht sind, drohen sie unterzutauchen. In Prêles wäre dieses Risiko sicher geringer. Wir möchten die Regierung auffordern, wenn das Rückführzentrum Prêles eingerichtet wird, dass die dort Einzuweisen den mit Augenmass ausgewählt werden und für Härtefälle eine andere, geeignete Lösung zu suchen, beispielsweise für Familien mit Kindern.

Eigentlich ist das hier angewendete System verkehrt. Korrekterweise sollten Neuankommlinge, neue Asylbewerber in Prêles einquartiert werden, bis sie einen definitiven Entscheid erhalten. Dann müssen sie nachher entweder bis zur Ausweisung dort bleiben oder, wenn ihr Asylantrag angenommen wird, ins Integrationsprogramm eingewiesen werden. Uns ist aber auch klar – das wurde auch schon gesagt –, dass die POM hier mit allen Mitteln versucht, für Prêles eine Lösung zu finden, um den Flop mit dem Jugendgefängnis einigermaßen zu rechtfertigen.

Aus all diesen Überlegungen haben wir uns in der BDP-Fraktion überlegt, ob wir einen Ordnungsantrag für die Verschiebung der zwei Motionen einreichen sollen, bis wir im Grossen Rat die Justizvollzugsstrategie behandeln konnten. Allenfalls eignet sich Prêles für einen anderen Zweck. Wenn

wir jetzt investieren und umbauen, verbauen wir uns gewisse Chancen und Möglichkeiten für eine spätere Nutzung. Anstatt in ein anderes Gefängnis im Kanton Dutzende von Millionen Franken für Renovationen zu investieren, könnte man Prêles unter Umständen in die Justizvollzugsstrategie integrieren und dort ein Gefängnis einrichten.

Die BDP-Fraktion ist klar der Meinung, dass jetzt nicht um alles in der Welt eine schnelle Lösung aus dem Boden gestampft werden muss, mit welcher spätere Möglichkeiten verbaut sein werden. Wir betrachten es als sinnvoll, die Zeit zu nutzen und gut zu überlegen, welche Lösung wir für Prêles wählen und wie wir vorgehen werden. Vor allem wissen wir im Moment nicht, welche jährlichen Betriebskosten anfallen werden. Wir wissen nicht, wie viele Personen dort überhaupt einquartiert werden. Offenbar ist sehr ungewiss, wie hoch die Belegung sein wird. Die Beschäftigten müssen gleichwohl für eine Vollbelegung ausgelegt werden, und dementsprechend fallen dort auch Personalkosten an. Die Abgeltung des Bundes hängt jedoch stark von der Belegung ab. Damit besteht ein Risiko, dass der Kanton einen erheblichen Anteil der ungedeckten Kosten selbst bezahlen muss. Sie sehen, es sind viele ungelöste Fragen.

Leider waren die Motionäre nicht gewillt und nicht bereit, die Motionen zu verschieben, bis wir die Justizvollzugsstrategie diskutieren konnten. Deshalb stelle ich seitens der BDP-Fraktion den Antrag. Die Motion zum Traktandum 65 lehnt die BDP-Fraktion in beiden Punkten mehrheitlich ab. Von der Motion zum Traktandum 64 nimmt die BDP-Fraktion die Ziffer 1 an. Die Ziffern 2 und 3 werden von unserer Fraktion mehrheitlich abgelehnt.

Hans Rudolf Vogt, Oberdiessbach, (FDP). Aus der Sicht der FDP sind die Antworten des Regierungsrates zu den Motionen zu den Traktanden 64 und 65 verständlich und, soweit möglich, umfassend. Die Fraktion der FDP unterstützt deshalb mehrheitlich die Empfehlungen des Regierungsrates.

Zuerst zur Motion zum Traktandum 65: Wir lehnen diese ab. Der Kanton hat in Prêles Gebäude, die für ein Rückkehrzentrum geeignet sind. Ein Neubau an einem ganz anderen Standort wäre eine viel, viel teurere Lösung. Wir lehnen beide Punkte mehrheitlich ab.

Zur Motion zum Traktandum 64, betreffend die Bedingungen des Asylrückkehrzentrums: Die Fraktion der FDP ist auch hier, wie der Regierungsrat, der Meinung, dass die Investitionen 1 Mio. Franken nicht übersteigen dürfen und dass die Wasserversorgung der Bevölkerung in diesem Gebiet gewährleistet sein muss. Wir sind mit der Regierung einig, dass es keinen Sinn macht, jetzt alternative Nutzungsmöglichkeiten zu prüfen. Auch ist die Suche nach einem anderen Standort aus unserer Sicht zurzeit nicht notwendig. Es geht nun darum, Punkt 1 umzusetzen und nicht darum, weitere Planungen aufzugleisen. Deshalb empfehlen wir mehrheitlich die Annahme von Punkt 1 und die Ablehnung der Punkte 2 und 3.

Barbara Mühlheim, Bern (glp). Seit Jahren versuchen wir in der Schweiz und auch im Kanton Bern, das Migrationsproblem über die Asylschiene zu lösen und sind erstaunt, dass wir nicht erfolgreich sind. Was heisst das konkret? – Wenn man die Zahlen des Zentralen Migrationsinformationssystems (Zemis) der letzten zehn Jahre, von 2008 bis 2017, betrachtet, haben wir – mein Kollege hat es bereits gesagt – ungefähr 90 000 Personen, die einen Schutzstatus haben; die Hälfte davon sind Flüchtlinge, der andere Teil sind vorläufig Aufgenommene. Zwei Drittel müssten raus. Von diesen geht aber nur ein Drittel raus, das heisst, ungefähr 44 000 Personen tauchen uns unter. Wenn man von unkontrollierter Ausreise spricht, ist dies ein schwarzer Schimmel. Denn entweder hat man eine kontrollierte Ausreise – man weiss, dass die Personen die Schweiz verlassen haben – oder das andere heisst: unkontrolliert, gleich Abtauchen.

Was heisst dies denn gesellschaftspolitisch, Kolleginnen und Kollegen? – Wir leisten uns seit Jahren eine Politik, die dazu führt, dass diese Leute im Schwarzmarkt und im Menschenhandel landen, in genau jenen Bereichen, über die wir vor einer halben Stunde oder Stunde diskutiert haben. Wenn Sie nach Deutschland, nach Berlin gehen, sehen Sie die Konsequenzen dort klar. Gehen Sie in den Heimgarten. Dort sehen Sie Zelt an Zelt ein Heer an Leuten, die keine Chance mehr haben und sich auf dem Schwarzmarkt tummeln. Gesellschaftspolitisch ist es verheerend, das führt nicht nur zu mehr Kriminalität, sondern es macht uns den ganzen Arbeitsmarkt kaputt. Das leisten wir uns, weil wir immer noch das Gefühl haben, mit einer konsequenten Rückführung ... Ich benutze diese Terminologie, die eigentlich nicht so ist, weil wir nicht über den Tellerrand hinausschauen wollen. Wir können doch nicht so tun, als seien uns diese 44 000 Leute eigentlich egal. Sind wir nicht gehalten – ich habe das in der Suchtpolitik gelernt –, wenn ein Problem nicht gelöst werden kann, es mit Dealen oder Handeln zu versuchen? Weshalb leisten wir es uns, Leute – Frauen mit ihren Kindern

– nach Tessenberg führen zu wollen, obwohl sie hier keine Chance auf die Asylschiene haben? Gleichzeitig holen wir aus dem dritten Kreis – aus den Philippinen – Frauen in die Schweiz, die hier im Haushalts- und Betreuungsbereich bei alten Leuten arbeiten sollen. Das ist unsinnig. Weshalb leisten wir uns hier Leute, Jugendliche, die abtauchen, anstatt dass wir ihnen hier eine Chance geben, indem wir sie unter klaren Bedingungen eine Ausbildung machen lassen und sie mit klaren Vorgaben zurückschicken? Weshalb leisten wir uns eigentlich nicht eine Möglichkeit des Duldungsrechts, wie es die Deutschen machen? Man sagt dann: Damit hast du zwar keine rechtliche Bedingung, hier bleiben zu können, aber eigentlich versuchen wir, mit dir auf dem migrationsspezifischen Weg – im Bereich «Welches Interesse hat die Schweiz an dir?» – weiterzugehen. Weshalb leisten wir uns keine höhere Rückkehrhilfe? – Weil jeder weiss: Wenn sich jemand für 2000 bis 3000 Franken in Afghanistan verschulden muss, kann er nicht mit leeren Händen zurückkehren. Das sind alles Optionen. Ich weiss, von der rechtlichen Seite stellen sich hier viele Fragestellungen. Wenn wir hier jedoch nicht weiterdenken, bauen wir mit teurem Geld einen Tessenberg, der weder finanziell noch gesellschaftspolitisch noch im Bereich Arbeitsmarkt wirklich das bringt, was wir wollen. Wir haben das Problem nicht gelöst, wir haben es nur aus dem Auge gedrückt. Der grosse Teil der Leute landet eben nicht auf dem Tessenberg, sondern im Schwarzmarkt und taucht unter. Aus diesen Gründen, die ich hier ein wenig formuliert habe – es sind nicht Gründe der SVP und nicht Gründe von Herrn Sancar –, werden wir beide Motionen annehmen, weil wir sagen: Genug ist genug. Wir müssen neue Wege denken. Wenn wir hier keinen Stopp machen, werden wir wieder in der falschen Linie weiterdenken, und das können wir uns weder finanzpolitisch noch sozialpolitisch leisten.

Präsident. Für die grüne Fraktion: Grossrätin Ammann. (*Kurze Pause / Courte pause*)

Christa Ammann, Bern (AL). Ich war etwas irritiert, weil Jan Gnägi noch dort stand. Es tut mir leid, dass ich noch nicht bereit war. Unsere Fraktion verurteilt die Separierung von abgewiesenen Geflüchteten in spezielle Zentren grundsätzlich. Wir verurteilen auch die Isolation in abgelegenen Zentren. Vor diesem Hintergrund setzen wir uns für einen geeigneteren und zentrumsnäheren Standort als Prêles ein. Prêles ist als Standort ungeeignet. Ohne Geld für eine ÖV-Nutzung ist der Standort so abgelegen, dass davon ausgegangen werden muss, dass zahlreiche Personen, die sich dort aufhalten müssen, untertauchen werden. Wir gehen also genau vom Gegenteil aus, und das zeigen auch Erfahrungen aus anderen Zentren, nämlich, dass ein abgelegener Standort nicht führt dazu, dass man dort bleibt, sondern dazu, dass man dort gar nicht erst auftaucht. Der Fakt, dass dann ganz viele untertauchen, ist nicht nur aufgrund der Prekarisierung des Lebens dieser Menschen, zu bekämpfen, sondern aus ganz einfachen rechnerischen Gründen: Die Kosten für die Aufrechterhaltung des Betriebs sind zu hoch. Prêles ist eine Fehlinvestition, Prêles ist ein Fass ohne Boden. Der Ansatz des Regierungsrates, dass nicht von der Frage ausgegangen wird, was es braucht, damit das Zentrum dem spezifischen Bedarf entspricht, sondern davon, dass in Prêles zufälligerweise ein Gebäude leer steht und der Kanton gerade nicht weiss, was er sonst noch damit machen könnte, ist ein Pferd von hinten aufgezäumt und somit falsch.

In Prêles werden viele Menschen untergebracht werden, die nicht in ihr Herkunftsland zurückkehren können. Das haben wir bereits von verschiedenen Seiten gehört. Das wird sowohl Erwachsene als auch Minderjährige betreffen. Ihnen das Leben auf unbestimmte Zeit möglichst unbequem zu machen, ist falsch und macht sie zudem krank. Bei dieser Perspektivlosigkeit von «wir dürfen keine Fehlanreize setzen» zu sprechen, wie in der Antwort des Regierungsrates, ist mehr als nur zynisch. Die Verantwortung auf das SEM und die verschärfte Praxis abzuschieben und den kantonalen Handlungsspielraum nicht zu nutzen, ist in dieser komplizierten Frage zu einfach. Der Regierungsrat ist aus unserer Sicht hier aufgefordert, eine entsprechend bessere Lösung zu suchen. Ein Rückkehrzentrum in Prêles ist falsch – finanzpolitisch, gesundheitspolitisch, gesellschaftspolitisch, menschlich. Es ist falsch aus ganz vielen Perspektiven. Das zeigt auch die Breite des politischen Spektrums der Menschen, die sich hier und heute gegen Prêles aussprechen.

Wir unterstützen die Motion von Haşim Sancar in beiden Punkten. Bei der Motion Graber lehnen wir den ersten Punkt ab und werden die Punkte 2 und 3 unterstützen.

Barbara Streit-Stettler, Bern (EVP). Prêles: Man hat auf der einen Seite eine Liegenschaft, die man teuer saniert hat und jetzt vor sich hin modert, weil sie leer steht. Auf der anderen Seite hat man abgewiesene Asylbewerber, die nicht ausgeschafft werden können. Es liegt also nahe, dass man Prêles möglichst kostengünstig in ein Rückkehrzentrum umwandelt. Dieser einfachen Rech-

nung des Regierungsrates steht die EVP sehr kritisch gegenüber. Das betrifft nicht in erster Linie Prêles als Ort. Unser Vertreter aus dem Jura, Tom Gerber, hat in unserer Diskussion immer wieder betont, dass Prêles zu Unrecht als abgelegen und unattraktiv betrachtet wird.

Die EVP macht sich Gedanken, wie es den Menschen geht, die in einem zentralen Rückkehrzentrum interniert werden. Das Wort «interniert» darf man in diesem Fall mit Fug und Recht verwenden. Das sind vor allem Menschen, die abgewiesen worden sind, aber nicht zurückgeschafft werden können, weil die Schweiz mit ihren Heimatländern kein Rücknahmeabkommen hat oder weil es sonst technische Probleme gibt. Darauf komme ich noch zu sprechen. Man hat Erfahrungen mit anderen Rückkehrzentren und weiss, dass nur sehr wenige aus diesen Zentren zurückkehren. Stattdessen gibt es viele Probleme, die erst aufgrund solcher Zentren entstehen. Zum Beispiel gesundheitliche Probleme, vor allem im psychischen Bereich, Konflikte und damit auch Sicherheitsprobleme, die man nicht alle mit einem privaten Sicherheitsdienst lösen kann. Man fördert das Untertauchen, also genau das Gegenteil dessen, was man mit diesen Zentren eigentlich erreichen wollte. In den Zentren bleiben Menschen zurück, die beeinträchtigt sind, zum Beispiel traumatisiert sind, und Familien, die aus naheliegenden Gründen nicht untertauchen können.

Der Regierungsrat behauptet, dass Prêles eine sehr effiziente, günstige Lösung sei. Das bezweifeln wir. Wir verstehen nicht, weshalb der Migrationsdienst das Zentrum selber führen will. Die günstigste Lösung wäre, den Auftrag an eine erfahrene Non-Profit-Organisation zu vergeben, die ihre personellen Kapazitäten je nach Belegung rasch anpassen kann. Wir finden es nicht zielführend, dass alle Abgewiesenen nach Prêles abgeschoben werden. Wenn man es unter dem Primat der Menschenwürde betrachtet, ist das Ganze sicher nicht die richtige Lösung. Die richtige Lösung ist, die Abgewiesenen dezentral, in den herkömmlichen Asylzentren oder in den Wohnungen, wo sie bereits bis jetzt gewohnt haben, unterzubringen. Dort, wo sich diese Menschen bereits etwas auskennen und sie ihre Bezugspersonen haben.

Unsere Argumentation wird noch schlüssiger, wenn wir im Asylgesetz des Bundes (AsylG), in Artikel 46 Absatz 2 nachlesen. Es handelt sich um das AsylG, welches demnächst in Kraft tritt: «Erweist sich der Vollzug aus technischen Gründen als nicht möglich, so beantragt der Kanton dem SEM die Anordnung einer vorläufigen Aufnahme.» Nun stellt sich natürlich die Frage: Was heisst denn «technische Gründe»? Das sind nicht Gründe, die sich auf den einzelnen Asylbewerber, auf die einzelne Asylbewerberin beziehen, sondern Umstände, die in gewissen Heimatländern bestehen, zum Beispiel, dass sich die Regierung weigert, Rückkehrpapiere auszustellen und so weiter. Statt ein Rückkehrzentrum in Prêles einzurichten, wäre es also in erster Linie Aufgabe des Kantons, für die Menschen, die nicht zurückgeschafft werden können, beim Bund ein Gesuch zu stellen, damit sie vorläufig aufgenommen werden.

Nun zu den beiden Vorstössen, die wir hier diskutieren: Beim Vorstoss Sancar nehmen wir Punkt 1 grossmehrheitlich an. Beim Punkt 2 sind wir geteilt. Das liegt daran, dass wir nichts gegen Prêles an sich haben, grundsätzlich aber gegen ein zentrales Rückkehrzentrum sind. Wir wollen, dass die Abgewiesenen in ihrer Region bleiben können, wo sie bereits vorher waren.

Bei der Motion Graber sind wir beim Punkt 1 geteilt und werden zum Punkt 2 Ja sagen und den Punkt 3 ablehnen. Hier möchten wir zu bedenken geben, dass die Bevölkerung im Kanton Bern sehr unterschiedlich mit Asylzentren und den Menschen, die dort wohnen, umgeht. Die einen malen den Teufel an die Wand und zählen auf, was alles geschehen *könnte*. Die anderen engagieren sich freiwillig, um den Asylbewerbern wenigstens zeitweise eine Tagesstruktur zu ermöglichen. Das ist zum Beispiel in Riggisberg geschehen, und in der Stadt Bern geschieht es auch. Es hängt somit von der Bevölkerung auf dem Tessenberg ab, wie sie mit dem Rückkehrzentrum umgehen wird.

Jakob Schwarz, Adelboden (EDU). Auch die EDU-Fraktion hat sich über die vorliegenden Motionen intensiv unterhalten. Leider ist es so, dass die bisherigen Asylverfahren viel zu lange gedauert haben. So warteten Asylbewerber zum Teil jahrelang auf einen Entscheid. So gab es doch einige, auch uns persönlich bekannte Fälle, wo sich Leute bereits gut integriert hatten und plötzlich einen negativen Entscheid erhielten. Damit entstanden auch für uns schwierige und schwer nachvollziehbare Situationen. Wir wünschen uns hier vom Polizeidirektor und seinen Leuten Augenmass, damit Leute – gewissermassen nach altrechtlichem System beurteilte Personen – die bereits integriert sind, eine Arbeit gefunden haben, die Sprache können, im Sinn einer Härtefallregelung, nicht alle ungeachtet der Situation nach Prêles verfrachtet werden. Wir wissen auch, dass seit kurzer Zeit ein neues Asylverfahren auf Bundesebene zur Anwendung kommt, das schnellere Asylverfahren bringen soll. Das ist mit einer Volksabstimmung legitimiert worden. Damit soll schneller klar werden, wer ein Bleiberecht hat und wer kein Bleiberecht hat. Da sind wir der Meinung, dass diejenigen die blei-

ben dürfen, rasch integriert werden sollen, damit sie schnellstmöglich auf eigenen Beinen stehen können. Diejenigen aber, die einen negativen Entscheid erhalten haben, dürfen keinesfalls an einem attraktiven, zentrumsnahen Standort platziert werden.

Die abgewiesenen Leute haben in der Schweiz ein rechtsstaatliches Verfahren durchlaufen, und der Kanton Bern ist verpflichtet, die Wegweisung zu vollziehen. Der Kanton hat vom Bund den Auftrag erhalten, für diese Personen ein Rückkehrzentrum einzurichten. Dieser Auftrag ist nach unserer Auffassung zu erfüllen, nicht zuletzt auch, um die Akzeptanz in der Bevölkerung für das Asylwesen sicherzustellen. Es ist uns klar, dass sich keine Region im Kanton Bern ein solches Rückkehrzentrum wünscht. Aber ähnlich wie für die Plätze für die Fahrenden, gibt es ein gesamtkantoniales Interesse, das regionalen Interessen übergeordnet werden muss. Es ist aber wichtig, dass der Kanton mit den betroffenen Gemeinden spricht, die Bevölkerung miteinbezieht und informiert, wie das Rückkehrzentrum betrieben werden soll. Im «Bund» konnten wir lesen, dass der Kanton Solothurn auf dem Balmberg – ebenfalls abgelegen – ein solches Rückkehrzentrum erfolgreich in Betrieb genommen hat. Wir sehen nicht ein, warum dasselbe dem Kanton Bern nicht auch gelingen sollte.

Auch bezüglich Finanzierung sind wir gewarnt worden, dass die Bundesentschädigung von 6000 Franken nicht ausreichen werde, um den Betrieb kostendeckend zu betreiben. Das kann durchaus sein, und wir befürchten tatsächlich, dass – wie bei anderen Entschädigungen in der Vergangenheit, zum Beispiel bei unbegleiteten minderjährigen Asylsuchende (UMA) – der Bund eine Aufgabe an die Kantone delegiert und nicht die Vollkosten vergütet. Wenn das aber der Fall sein sollte, ist es auch an einem anderen Standort genau dasselbe.

Abschliessend möchte ich festhalten, dass in der ganzen Diskussion leider noch keine einzige Alternative zu Prêles – kein einziger anderer Standort – angeboten worden ist, mit dem der Kanton den gesetzlichen Auftrag erfüllen kann. Aus diesen Gründen stützen wir die Haltung des Regierungsrates und lehnen die zum Traktandum 65 vorliegende Motion ab. Bei der Motion zum Traktandum 64 werden wir ebenfalls die Haltung der Regierung stützen.

Präsident. Angesichts der fortgeschrittenen Zeit schliesse ich die Rednerliste. Ich möchte noch heute Abend abstimmen. Ich gebe das Wort für die SVP-Fraktion Grossrat Knutti.

Thomas Knutti, Weissenburg (SVP). Vorweg möchte ich der POM recht herzlich für ihre Arbeit danken, die sie geleistet hat und für den Vorschlag, den sie uns heute für Prêles unterbreitet. Ich muss trotzdem einiges korrigieren: Es sind jetzt ganz viele Dinge vermischt und es ist vieles gesagt worden, das nicht stimmt und wahrscheinlich viele nicht wissen.

Seit 2016 steht Prêles leer. Seit 2016 wurde absolut keine Nutzung in Aussicht gestellt, und jetzt hat man mit einem Rückschaffungszentrum die Möglichkeit, Prêles endlich zu nutzen. Für die abgewiesenen Asylbewerber, geschätzte Anwesende, ist alles geregelt und vorhanden, und es steht ein Detailkonzept mit Lebensmitteln, Hygieneartikeln, medizinischer Versorgung zur Verfügung. Die Grundversorgung ist somit gewährleistet. Man kann in Prêles Männer, Frauen und Familien in separaten Zimmern problemlos unterbringen. In Prêles gäbe es eine gestaffelte Betriebsaufnahme, mit 25 Vollzeitstellen und einer Hausordnung mit einer geregelten Personalkontrolle. Alles ist bereit. Auch ist der Aufbau einer internen Schule in Prêles organisiert. Auch das würde funktionieren, und die Kantonspolizei wäre während 24 Stunden zuständig für die Sicherheit. Ich frage mich, geschätzte Anwesende: Was wollen wir noch mehr? Ich frage Sie an ... Es ist vorhin von Kollege Schwarz richtig gesagt worden. Ich habe kein einziges Argument gehört, was in Prêles sonst gemacht werden könnte. Man will Prêles ganz einfach nicht, aber es gibt keinen Vorschlag, was man dort oben sonst machen sollte.

Wo wollen Sie mit ihnen hin? Was sonst wollen Sie mit ihnen machen? Wollen Sie einen neuen Standort suchen? Welche Kosten entstehen da für den Kanton Bern, wenn wir jetzt nicht endlich zur Einsicht kommen und in Prêles eine Nachnutzung machen? – Geschätzte Anwesende: Diese Asylbewerber haben alle zusammen einen abgewiesenen Asylentscheid. Diese haben einen abgewiesenen Asylentscheid! Wir können jetzt nicht einfach sagen, sie könnten hierbleiben. Sie *müssen* an einem unattraktiven Ort sein, und ich habe nicht Angst, dass diese gleich untertauchen. Wenn sie an einem unattraktiven Ort sind, besteht die Chance, dass sie schneller zurückkehren.

Die SVP-Fraktion schliesst sich auch dem Regierungsrat an. Den Punkt 1 der Motion Graber nehmen wir an, die anderen zwei Punkte lehnen wir ab. Die Motion Sancar lehnen wir grossmehrheitlich ebenfalls ab. Ich bitte Sie wirklich, jetzt Vernunft walten zu lassen und Prêles eine Chance zu geben, damit wir es nutzen können.

Präsident. Wir kommen zu den Einzelsprecherinnen und Einzelsprechern, zuerst zu Grossrat Gnägi.

Jan Gnägi, Walperswil (BDP) Es ist tatsächlich ein nicht sehr einfaches Geschäft, das wir heute Abend hier noch beraten, und ich habe mir die Entscheidung, wie bei den Motionen abzustimmen ist, auch nicht einfach gemacht.

Ich wohne nicht sehr weit entfernt von Prêles, gebe aber zu, dass ich seit einigen Jahren nicht mehr in der Nähe dieser Anlagen war. Am letzten Wochenende bin deshalb nach Prêles gegangen, habe mir die Anlagen angeschaut und mir einige Überlegungen zu diesem Geschäft gemacht. Die Eindrücke, die ich gewonnen habe, haben mich zum Schluss gebracht, dass ein Rückkehrzentrum Prêles vertretbar ist. Ich denke, wir müssen uns klar bewusst sein, dass in dieses Zentrum Menschen mit einem abgewiesenen Asylantrag kommen sollen. Diese Leute haben, so tragisch es auch ist, keine Perspektive in unserem Land. Das ist nun einmal so. Wenn man vom Grundsatz ausgeht, dass wir nicht jede Person aufnehmen können, wird es immer wieder solche Asylsuchende geben, die nicht werden bleiben können. Dass einen diese Schicksale leidtun, ist klar, aber es ist einfach eine Tatsache, und es ist vor allem eine Entscheidung, die der Bund gefällt hat. Diese Menschen haben Anrecht auf Nothilfe, ein Dach über dem Kopf, auf medizinische Notversorgung, Essen und einen Betrag von 8 Franken pro Tag. Dies ist die Aufgabe, die der Kanton übernehmen muss, und diese kann er mit einem Zentrum in Prêles erfüllen.

Ein Kritikpunkt der Gegner ist die Abgelegenheit und die schlechte Erreichbarkeit von Prêles, insbesondere auch für freiwillige Helfer. Ich möchte hier auf den SBB-Online-Fahrplan verweisen, mit welchem man schnell herausfindet, dass man von Biel nach Prêles praktisch jede Stunde eine Verbindung hat und 20 Minuten für einen Weg braucht. Ich als jemand, der aus einer Gemeinde kommt, die von einer solchen ÖV-Abdeckung nur träumen kann, halte das, mindestens für die freiwilligen Helfer, für vertretbar. Natürlich ist Prêles nicht unbedingt an einer zentralen Lage, es ist jedoch nicht etwa – so, wie nun verschiedentlich gesagt worden ist –, unattraktiv. Es ist kein furchtbar trostloser Ort, sondern im Gegenteil eine Gegend, die durchaus auch viele Vorteile hat und ganz andere Möglichkeiten bietet, als man sie vielleicht mitten in einer Stadt hätte.

Ich begreife aber, dass es für jene Leute, die bereits hier sind und irgendwo wohnen, besonders schwierig ist, wenn sie plötzlich diese Umgebung verlassen und nach Prêles gehen müssen, sofern sie Nothilfe beantragen. Für jene, die neu kommen, ist das vielleicht noch etwas anderes, das wurde auch bereits gesagt. Aber für jene, die bereits hier sind, ist es sicher nicht einfach.

Wie der Amtsvorsteher des MIP, Markus Aeschlimann, im Gespräch mit dem «Regionaljournal» sagte, wird man mit diesen Leuten die Situation abklären. Sie werden nicht einfach abgeholt und nach Prêles gebracht. Vielleicht wäre in diesem Zusammenhang auch ein Blick auf den Kanton St. Gallen zu werfen, wo man durch eine Systemänderung auch nur noch ein Zentrum hat und dort gewisse Härtefallregelungen für Leute, die vielleicht schon länger hier sind, die integriert sind, deren Kinder zum Beispiel zur Schule gehen, angeschaut hat. Das wäre etwas, das die POM sicher noch prüfen könnte. Prêles ist aber machbar. *(Der Präsident bittet den Redner, zum Schluss zu kommen. / Le président demande à l'orateur de conclure.)* Sofort! Prêles ist machbar, es ist vertretbar. Ich bitte Sie, die Motion Sancar abzulehnen.

Maurane Riesen, Sonceboz-Sombeval (PSA). Le canton de Berne a investi beaucoup d'argent pour l'ancien foyer d'éducation de Prêles qui a ensuite dû être fermé. Cela a été mentionné à plusieurs reprises. Cependant, réaffecter le bâtiment en centre de retour du canton est une fausse bonne idée. Monsieur Knutti a mentionné que personne n'avait proposé d'autres solutions – ce n'est pas vrai, notre collègue, Monsieur Benoit, a dit plusieurs fois qu'on pourrait y faire une prison régionale, par exemple – donc, c'est faux de dire qu'il n'y a pas d'autres solutions pour ces bâtiments. Une autre réaffectation plus adaptée serait une meilleure solution et permettrait de mieux mettre en valeur les investissements passés et serait plus adaptée, compte tenu de la situation. Je voudrais aussi rebondir sur quelque chose qui a été dit par Monsieur Gnägi : c'est vrai que Prêles n'est pas un endroit complètement éloigné des villes, si on regarde sur Google, c'est proche de la ville de Bienne, à quinze minutes, même en transports publics. Mais vous avez certainement regardé le centre de Prêles et pas l'endroit où est effectivement le bâtiment qui est, selon Google, à 50 minutes à pied du funiculaire. Il faut prendre cela aussi en compte. On n'est pas tout le temps en conditions estivales avec un beau soleil, c'est aussi une situation où il peut y avoir des enneigements et des situations météorologiques difficiles pour le déplacement. De plus, le funiculaire pourrait être remis en question également dans la planification des transports publics ce n'est pas forcément quelque chose qui va rester. Les adaptations des transports publics pourraient être pires dans le futur.

Bref : faire un centre de retour à Prêles est inadapté et illogique. Si le but est de renvoyer les personnes rapidement, ainsi que le prévoit la modification de la loi fédérale, nul besoin de les déplacer pour quelques semaines ou quelques mois. Autant laisser les requérants d'asile déboutés à l'endroit où ils se trouvaient avant de recevoir leur décision d'asile négative et de préparer leur départ depuis là. Les déplacer dans un centre comme à Prêles laisse penser que les démarches prendront plus de temps que prévu. Dès lors, un endroit tel que l'ancien foyer des jeunes à Prêles est inadapté car il ne prévoit pas d'occupation pour les personnes qui y logeront et les enfants seront privés d'école publique pour une longue durée. Le choix de Prêles démontre donc une certaine contradiction en matière de gestion d'asile. Il faut trouver une solution qui encadre de la meilleure des manières les personnes dont la demande d'asile est refusée. Or, les professionnels qui travaillent dans le domaine s'accordent à dire que Prêles n'est pas une bonne solution pour cette prise en charge. Une autre affectation doit être envisagée et une autre solution devrait être trouvée pour la prise en charge par la POM des requérants d'asile déboutés. Je vous demande donc de soutenir la motion Sancar. Si cette dernière ne devait pas obtenir la majorité, je ne pourrai soutenir la demande du point 1 de Madame Graber. Si les préoccupations concernant l'approvisionnement en eau sont certainement justifiées, j'estime que les demandes concernant l'aspect sécuritaire et la limite d'investissement ne sont pour l'heure pas justifiées et ne tiennent pas compte des possibles besoins des personnes qui pourraient y être affectées.

Tom Gerber, Reconvilier (PEV). Prêles – je ne cache pas que j'ai été un peu étonné, choqué, voire quand même un peu scandalisé de tout ce que j'ai pu lire sur ce lieu. Pour ceux qui ne le sauraient pas, Prêles est un des villages les mieux situés dans le Jura bernois. Magnifique terrasse au-dessus du Lac de Biemme avec vue imprenable sur la magnifique Ile Saint-Pierre, le lac et les Alpes. Bref, Prêles n'est pas le lieu reculé, quasi inatteignable – même si on ne s'y rend pas très simplement en transports publics – décrit par de nombreux opposants. Je vous invite même à vous y rendre. Combinez-le avec une utilisation du funiculaire Gléresse-Prêles et un bon verre de vin au bord du Lac de Biemme, et vous réaliserez que vous êtes dans un des plus beaux lieux du canton.

Je ne suis pour autant pas favorable à l'ouverture du centre de Prêles mais de grâce, n'utilisez pas ce lieu magnifique comme argument. Le problème est ailleurs et cela a déjà été relevé. Le problème, c'est la politique qui sous-tend l'ouverture du centre. Quel est le but de ce centre ? Quel peut être le but de concentrer des centaines de personnes dans un même lieu ? Donner bonne conscience au Conseil-exécutif parce qu'il permet d'utiliser un lieu dans lequel on a enterré des dizaines de millions ? Très certainement. Economiser de l'argent ? Je doute que cela soit possible. Concentrer ces gens pour pouvoir les renvoyer ? Peut-être. Concentrer ces migrants déboutés pour pouvoir mieux les casser, les dégouter jusqu'à ce qu'ils en perdent l'envie de vivre et finissent par disparaître dans la nature ? Voilà la version la plus probable. S'il n'est pas possible de renvoyer les requérants déboutés, pensez, Messieurs, Mesdames, que ce sont toujours encore des êtres humains, et si vous et moi, nous avons un passeport suisse il nous a été offert dans le berceau. Et si d'autres portent un passeport érythréen, afghan, ou que sais-je, ils n'en portent pas la responsabilité. Et tenter, souvent au péril de sa vie, de chercher une vie meilleure, ce n'est certes pas une raison de recevoir un statut de réfugié, mais ce n'est définitivement pas un crime. Nous, les politiciens, nous devons rechercher des solutions. Si les personnes déboutées ne peuvent être reconduites dans leur pays, pourquoi devrions-nous les arracher au peu de relations sociales qu'ils ont ? Pourquoi devrions-nous les concentrer en un seul lieu pour créer de nouveaux problèmes de cohabitation, de nouveaux problèmes sécuritaires sans apporter de solutions aucune ? Désolé, mais concentrer ces personnes dans un centre, qu'il soit à Prêles ou ailleurs, juste dans l'attente qu'ils s'évanouissent dans la nature, cela s'appelle la politique de l'autruche : mettre la tête dans le sable et espérer que le problème passe. J'ai appris dans ma vie un principe que j'essaie autant de transmettre à mes enfants que d'appliquer en politique : traitons les autres comme nous aimerions être traités nous-mêmes.

Michel Seiler, Trubschachen (Grüne). Verzichten wir auf das Rückkehrzentrum für abgewiesene Asylsuchende in Prêles. Es ist ein neuer Murks, menschlich und kostenmässig, den die Regierung in Prêles verwirklichen will – hohe Kosten ohne Erfolg. Das Zentrum wird unbenutzt bleiben. Es ist an der Zeit, dass der Kanton sich zum Verkauf von Prêles entscheidet, damit dort etwas Neues, Zukünftiges entstehen kann, das der Region Jura Aufschwung bringen wird. Deshalb müssen wir jetzt der Motion von Haşim Sancar in beiden Punkten zustimmen.

Marc Jost, Thun (EVP). In Ergänzung zum Votum unserer EVP-Fraktionssprecherin möchte ich zwei Fragen stellen, die unter anderem für unsere Fraktion für die Beurteilung von Traktandum 65 wichtig sind.

Uns geht es um die Frage, wie lange die betroffenen Personen in diesem Rückkehrzentrum wären. So einfach, wie es der SVP-Sprecher gesagt hat, ist es eben leider nicht. Wenn ein abgewiesener Asylantrag vorliegt, ist es nicht einfach so, dass diese Personen innert der kurzen Zeit von einigen Wochen wieder in ihrem Herkunftsland sind. Das ist genau das Problem. Es gibt unter anderen technische Gründe, auch bei kooperativen Personen, zum Beispiel, dass das Herkunftsland keine Reisedokumente ausstellt, die eine Wegführung verhindern, oder auch, dass aufgrund äusserer Umstände keine Rückkehr möglich ist.

Vor diesem Gesichtspunkt stellt sich für uns die Frage, mit welchen Zeitdauern, während derer diese Personen in Prêles sind, die Regierung rechnet. Wir befürchten – wahrscheinlich mit verschiedenen anderen –, dass verschiedene Personen, die kooperativ sind, aber schlicht nicht zurückgeführt werden können, nachher wieder monate- oder sogar jahrelang an diesem Ort sind. Das ist aus unserer Sicht nicht zumutbar. Deshalb ist die Beantwortung dieser Frage für unsere Fraktion sehr wichtig. Denn man darf nicht vergessen – unsere Sprecherin hat es erwähnt: Neu steht im AsylG: «Erweist sich der Vollzug aus technischen Gründen als nicht möglich, so beantragt der Kanton dem SEM die Anordnung einer vorläufigen Aufnahme.»

Die zweite Frage ist die Folgende: Wenn jetzt jemand einen abgewiesenen Asylantrag hat, kommt er dann nach Prêles? Und falls es nicht umsetzbar ist, kommt er wieder zurück, wenn er danach wieder vorläufig aufgenommen ist? – Das wäre auch kein sinnvolles Vorgehen. Wir wären dankbar für eine Aufklärung zu diesen offenen Fragen. Wir wollen nicht, dass dort Personen, die kooperativ sind, abgestellt werden und nachher in Prêles die Zeit totschlagen müssen.

Sabina Geissbühler-Strupler, Herrenschwanden (SVP). Es ist unschön, dass abgewiesene Asylsuchende monatelang auf ihre Ausschaffung warten müssen. Zum Teil ist es aber selbstverschuldet. Denn sie machen immer Rekurse und wieder Rekurse, und es wird wieder hinausgezögert. Was auch noch ist: Es ist auch noch ein politisches Problem. Unsere Partei brachte nämlich im Nationalrat eine Motion (*M 16.3109, Curia Vista*), wonach endlich mit diesen Rücknahmeabkommen mit verschiedensten Ländern vorwärts gemacht werden soll. Diese Motion kam durch. Und was ist nun passiert? Der Ständerat lehnt diese ab; er lehnt ab, dass man Rücknahmeabkommen schliesst. Ich möchte vor allem diese Seite (*Die Rednerin richtet sich an die Ratslinke. / L'oratrice s'adresse aux membres de la gauche.*) bitten: Nehmen Sie bitte Ihre Ständeräte in die Pflicht.

Tatsache ist aber auch, dass es für eine Abweisung sehr viel braucht. Es sind Gründe, die aber nicht publik gemacht werden dürfen. Wir würden wahrscheinlich staunen, was für Gründe zutage kämen, bis eine Ausschaffung durchgeführt werden kann. Das darf jedoch nicht publik gemacht werden. Wir wissen nicht, weshalb die Asylsuchenden abgewiesen werden. Ich bitte hier drin, den Behörden etwas mehr Vertrauen entgegenzubringen, dass ihre Beurteilung korrekt und fair ist. Jede Ausschaffung wird dermassen genau geprüft wird. Die Behörden können sich gar nichts leisten. Es sind wirklich Leute, die einfach raus müssen, die ausgeschafft werden müssen. Wie Tom Gerber vorhin gesagt hat: Gehen Sie einmal nach Prêles – ich habe kürzlich eine Velotour dorthin unternommen –, es ist ein wunderschöner Ort. Sie tun so, als ob nur die Stadt schön zum Sein und zum Wohnen wäre, dort oben ist es jedoch ganz gut zu sein. Vor allem sollten sie so schnell wie möglich in ihre Länder heimkehren. Ich bitte Sie, die beiden Motionen, wie vom Regierungsrat empfohlen, zu behandeln.

Tanja Bauer, Wabern (SP). Wir haben gehört, welche Konsequenzen Prêles für die betroffenen Menschen haben könnte. Wir sehen das auch in anderen Kantonen. Ich selber teile die Befürchtungen, wie auch viele andere, die sich stark für diese Menschen engagieren. Dass wir uns hier drin nicht einig sind, erstaunt mich nicht. Was ich erstaunlicher finde ist, wie viele zusätzliche Strukturen aufbauen und finanzieren möchten. Heute haben wir eigentlich kein Platzproblem. Die 570 Leute, die betroffen wären, sind heute schon im Kanton untergebracht. Wir haben aktuell 16 Kollektivunterkünfte und 5 UMA-Zentren. Ich habe bei der POM nachgefragt, und wir haben im Moment 200 Plätze, die nicht belegt sind.

Sie haben es auch schon gehört: Es gibt nun eine Neuordnung im Asylwesen durch den Bund. Das geänderte AsylG gilt seit dem 1. März 2019, also seit erst 12 Tagen. Wir wissen noch gar nicht, welche Auswirkungen dieses haben wird. Grundsätzlich sollen in Zukunft 60 Prozent der Leute, die in der Schweiz ankommen, in Bundesasylzentren untergebracht werden. Wir haben aktuell eines in Kappelen und eines im Zieglerspital. Wir werden also weniger Asylsuchende erhalten, die direkt in

die Kantone verteilt werden. Stattdessen müssen wir Leute zurücknehmen, die aus eben diesen Asylzentren kommen und weggewiesen werden müssen. Insgesamt können wir aber davon ausgehen, dass wir eher weniger Plätze benötigen werden.

Mich dünkt es unlogisch, dass wir in einer solchen Situation, wo wir noch gar nicht wissen, welche Auswirkungen das auf uns haben wird, in Prêles eine relativ grosse Investition tätigen. Ich werde das Gefühl nicht los, dass das viel damit zu tun hat, dass wir in Prêles vorher schon investiert haben. Ich denke, dass es eine weitere Fehlinvestition werden würde und wir deshalb Prêles heute in dieser Form nicht aufbauen sollten.

Ruedi Löffel-Wenger, Münchenbuchsee (EVP). In dieser ganzen Geschichte tun mir alle Beteiligten leid. Mir tun die Abgewiesenen leid, die grossen Stress und Angst haben, und auch die Leute der POM, die irgendwelche Entscheide fällen müssen und auch mit unserer Entscheid, den wir noch fällen müssen, umgehen sollen. Trotzdem: Wenn ich die ganze Geschichte betrachte, kommt sie mir konzeptlos, ahnungslos und erbarmungslos vor. Konzeptlos, nachdem ich mir gestern das «Regionaljournal» angehört und dabei gehört habe: Schauen wir einmal, wie viele schlussendlich dort hinten landen werden; schauen wir einmal, wie viel Betreuungspersonal wir brauchen; schauen wir einmal, welche Kosten es verursacht. «Schauen wir einmal, schauen wir einmal» – das ist kein Konzept. Ahnungslos: Die POM hat keine Ahnung welche Menschen, für wie lange dort hinten untergebracht werden sollen. Im November stellte ich in der Fragestunde, respektive schriftlich, die Frage gestellt, wie viele Abgewiesene wir denn im Kanton Bern haben, die nicht ausgeschafft werden können. «Keine Ahnung», lautet die Antwort. Erbarmungslos, das finde ich das Schlimmste: Es ist kein Rückkehrzentrum, das tönt zwar gut, und dazu könnte ich allenfalls noch Ja sagen. Es ist aber primär ein Zermürbungszentrum, das dort eingeführt werden soll, und zwar, um jene Menschen zu zermürben, die einen abgewiesenen Entscheid haben, aber nicht zurückgeführt werden können. Sorry, Thomas Knutti, wenn ich Sie sprechen höre: Viele von diesen sind nicht aus purer Abenteuerlust hier oder einfach aus Freude am Reisen, sondern es sind Leute, die aus einer beschissenen Situation aus ihrem Land geflohen sind, die irgendwie, vielleicht zufällig, in die Schweiz gekommen sind, und jetzt nicht zurückgeschafft werden können, total unter Stress sind und ganz sicher nicht freiwillig irgendwo in den Knast zurückgehen. Ein Schweizer Knast wäre noch das eine, aber einer in Eritrea oder sonst wo ...

Was wir hier vorhaben, ist menschenunwürdig, diese Leute zu zermürben und zu hoffen, sie lösten sich dann in Luft auf oder täten was auch immer. Es ist viel intelligenter, ins Auge zu fassen, was meine EVP-Vorrednerinnen und -redner schon gesagt haben: Das seit dem 1. März 2019 geänderte AsylG, das die Kompetenzen zwischen Kanton und Bund ändert und vor allem das beschleunigte Verfahren bringt, erlaubt es den Kantonen, für jene, die nicht ausgeschafft werden können, beim SEM einen Antrag auf vorläufige Aufnahme zu stellen. Ich bin dezidiert der Meinung, dass es der viel bessere Weg ist, die Leute in den dezentralen Strukturen zu belassen, wo sie jetzt sind und vielleicht noch etwas an zwischenmenschlichen Kontakten haben, wo sie noch etwas Menschliches haben. Dies soll sicher nicht auch noch gekappt werden, und sie sollen sicher nicht irgendwo in die Anonymität geschickt werden, wo man sie verzweifeln lässt. Deshalb bitte ich Sie, den ersten Punkt der Motion Sancar anzunehmen. Den zweiten Punkt finde ich persönlich nicht gut, weil er das Problem nur geografisch verlagert. Ich will gar kein solches Zentrum.

Fritz Wyss, Wengi (SVP). Am 24. November 2016, wurde von fünf FiKo-Mitgliedern eine Motion zum Jugendheim Prêles eingereicht: «Jugendheim Prêles – Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende! Vorwärts in die Zukunft, für neue Chancen und Ideen auf dem Plateau de Diesse!» (M 179-2016) Diese Motion wurde letztendlich als Postulat überwiesen, weil wir sie gewandelt hatten. Das Postulat wurde von der glp, von den Grünen und von der SP abgewiesen. Das ist Geschichtsschreibung. So ist es. Bei diesem Postulat ging es um die beiden Gebäude Site de la Praye, wo man sagte, man wolle eine Asylunterkunft einrichten. Zwar wurde diese Asylunterkunft hier damals vom Regierungsrat, von Regierungsrat Käser, so vertreten. Sie wissen aber, dass sie nie bezogen wurde; Sie wissen es. Zum Glück, denn sie wurde nie gebraucht. Ich erinnere daran: Es handelt sich um ein überwiesenes Postulat, das nachgelesen werden kann. In der Antwort des Regierungsrates steht, die Gebäude würden dem Amt für Grundstücke und Gebäude (AGG) zurückgegeben, sollte es so sein, dass sie nicht gebraucht würden, und eventuell wäre eine Desinvestition das Schlauste wäre.

Ich äussere mich hier nicht dazu, ob das schlau ist oder nicht, dort ein Asylzentrum zu eröffnen. Hier akzeptiere ich sogar die geteilten Meinungen. Ich rufe aber das Gebiet in Prêles auf: Wenn

man das nicht will, gegen den Willen der Regierung, kann ich das sogar akzeptieren. Ich war damals der Meinung, man solle desinvestieren, man solle verkaufen und dem Gebiet oder dem Käufer die Chance zu geben, tatsächlich etwas für das Gebiet zu tun. Dass dies eine Abschreibung zur Folge hat, ist logisch. Die Abschreibung wurde übrigens bereits im ganzen HRM2-Prozess gemacht.

Ich sage aber noch eins. Wenn der Rat hier tatsächlich entscheidet, nicht den Weg des Regierungsrates zu gehen, akzeptiere ich das selbstverständlich, werde aber die Motion sofort wieder eingeben und zwar für das ganze Gebiet. Dann ist für mich klar, dass Sie den Willen hier entsprechend geäußert haben, wonach Sie es nicht wollen. Wir hatten nun drei Varianten. Der Landwirtschaftsbetrieb ist verpachtet worden, das Asylzentrum ist nicht bezogen, das Rückkehrzentrum will man nun auch nicht. Das andere, das interkantonale, ist schon gestorben – Sie haben es mitbekommen –, bevor es überhaupt je aufs Tapet kam, obschon Herr Regierungsrat Käser das hier ganz anders gesagt hatte. Das ist für mich alles kein Problem, aber damit ist klar, dass ich wieder mit dieser Motion kommen werde. Ich hoffe dann auf Ihre Unterstützung, weil es eine echte Chance für das Gebiet und für die Region bedeutet. Dann kann sich die Gemeinde engagieren. Wie hoch der Abschreiber dann sein wird, ist mir egal, weil er bereits getätigt ist. Die Gemeinde und die Region, sollen endlich wieder die Verantwortung für das Gebiet übernehmen, wenn man das vom Kanton nicht will, was ich akzeptieren kann. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und danke für die Unterstützung, falls morgen herauskommt, dass diese Motion nötig werden sollte.

Pierre-Yves Grivel, Biel/Bienne (PLR). On va terminer en français. Cher Monsieur Sancar, « Standort Prêles Nein – Non à Prêles ». Mais pourquoi donc renoncer à cet endroit ? Le lieu ne vous convient pas ? Connaissez-vous la région ? Est-ce vraiment la raison pour un tel refus ? En mai 2018, le Conseil-exécutif a demandé à la POM de mettre en œuvre la réaffectation de l'ancien foyer d'éducation de Prêles. Pour vous et vos amis, Prêles se situe dans un « Niemandsland », traduction littérale : « région vide de gens ». Mais c'est un affront pour les habitants de cette région ! Ce n'est pas un endroit perdu, ni une réserve au bout du monde, reculée, oubliée. Non ! C'est un bijou géographique au pied du Chasseral, non loin des Gorges de Douanne et du Twannberg, perchée au-dessus du Lac de Bienne. On s'y rend avec le car postal ou le funiculaire Gléresse-Prêles. On y va à vélo et évidemment en voiture, et on s'y sent très bien !

L'ancien foyer d'éducation était rénové et nous a coûté la peau des fesses, 40 millions de francs. Il est disponible et vide. Je ne connais personne qui s'achète quelque chose à ce prix et ne l'utilise pas. Tout est à disposition et vous, vous n'en voulez pas. Et Prêles ne sera pas une exception. Lisez le « Bund » d'aujourd'hui, regardez dans le canton de Soleure ! La maison de Balmsberg qui se trouve à mille mètres dans la montagne du Jura soleurois fonctionne depuis plusieurs années. Ce centre est accepté par les partenaires du canton, y compris par les requérants ! La sécurité de la population n'est pas en danger, Madame Graber ! Le canton mettra les structures nécessaires en place pour assurer cette sécurité avec un personnel formé et des places de travail seront même créées ! De plus, Prêles ne sera pas une prison, car les requérants déboutés ne sont pas des criminels, ni des condamnés. Ce sont des gens qui doivent être accompagnés dignement avant leur départ. Ils ont reçu, selon la procédure, une décision définitive. Ce n'est pas de la malchance ! Dies ist kein Pech, comme vous dites, mais une décision sur la base de considérations sérieuses du SEM et du Tribunal administratif. C'est la loi ! Vous affirmez qu'ils ne s'y rendront pas ou qu'ils sortiront d'eux-mêmes facilement. Donc choisir indirectement l'illégalité et disparaître dans la nature. De ce fait, je prétends, si je suis logique, qu'ils ne seront jamais 400 à Prêles.

Ce qui dérange le motionnaire, c'est plutôt le système jugé problématique au sujet des requérants d'asile en général, la séparation des requérants déboutés des autres vous gêne, donc le lieu n'a rien à voir. Si le lieu était le Col du Jaun ou Guttannen, le motionnaire aurait réagi de la même façon. Cher Monsieur Sancar, Prêles est vide, on ne doit rien acheter ni louer ni construire. *(Le président demande à l'orateur de conclure. / Der Präsident bittet den Redner, zum Schluss zu kommen.)* Oui. En résumé, je voterai contre la motion 65 et soutiens l'ouverture de Prêles pour les requérants déboutés.

Präsident. Leider Gottes haben wir es nicht geschafft, das Geschäft abzuschliessen. Wir fahren morgen Vormittag weiter. Ich wünsche Ihnen einen guten Abend. Die Sitzung ist geschlossen.

Hier werden die Beratungen unterbrochen. / Les délibérations sont interrompues à ce stade.

Schluss der Sitzung um 19.05 Uhr. / Fin de la séance à 19 heures 05.

Die Redaktorinnen / Les rédactrices :

Ruth Spahr (d)

Sara Ferraro (f)